









Das Beispiel des „Meister Cambio“ nicht schreckner-  
gend? Wird durch ihn nicht das ganze Gewerbe auf den  
Schandpfahl gestellt? Gewiß gibt es auch bessere Meister  
und Wertstättenbesitzer, aber im allgemeinen läßt das Sy-  
stem, das der Arbeiterbehandlung zugrunde liegt, eher  
schlechtes als Gutes denken. Kann aus diesen verfluchten  
jugendlichen Arbeitern ein starkes nadensteifes, widerstands-  
fähiges Volk werden? Niemals! Der in seinen Jugend-  
jahren mißhandelte Mensch schleppt die Folgen der Sünden,  
die an ihm begangen wurden, sein ganzes Leben hindurch.  
Aus ihm wird niemals ein selbständig denkender und han-  
delnder ganzer Mann, der auf dem Wege seiner Zukunft  
den Mühsalen seines Lebens gewachsen ist.

Höchste Zeit ist es, daß dieses Elend, in dem besonders  
unser jugendlichen Arbeiter schmachten, ein Ende nehme.  
Die große, rohe, ehrverleedende, seelengerstörnde Behand-  
lung der Arbeiter muß aufhören. Es ist für unser ganzes  
sozialpolitisches Bestreben von hervorragender Bedeutung,  
unser jugendlichen Arbeitern vor den Uebergriffen unsä-  
thiger und verrohrter Vorgesetzter, die als Zügelhalter und  
Wertstättenleiter ihr verdammenswertes Handwerk treiben,  
den ausgiebigsten und weitestgehenden Schutz zu gewähren.  
Den Meistern a la Cambio muß das Recht, die Jugend un-  
sittlich zu machen und die Menschheit verderben zu dürfen,  
ein für allemal benommen werden.

## Zur Einwanderung ausländischer Arbeiter.

Es ist bezeichnend, daß gerade diejenigen, die den Krieg  
als eine Macht, die schöpferisch Neues, Werdenbes, heroor-  
bringt und als Zerstörer aller Fesseln und Zustände feiere,  
eine Maßregel fordern, die eine rückschrittliche Fessel bedeu-  
tet. Man wird ihnen entgegenhalten können, daß ihre Auf-  
fassung über die Zuständefrage, sofern man nur diese  
Frage im großen Gesichtswinkel volkswirtschaftlicher Gesetze  
zu betrachten sich bemüht, unhaltbar ist.

Man höre nur, wie Professor Harnad kürzlich im Na-  
tionalausschuß die wirtschaftlichen Wirkungen des Kriegs be-  
urteilt, wodurch er sich, nebenbei bemerkt, das Mißfallen  
industrieller Kreise zugezogen hat. Er führte u. a. aus:

„Vor dem Kriege hätten wir eine internationale Pri-  
vatwirtschaft und neben ihr auf einigen Gebieten eine gut  
arbeitende fiskalische und militärische Staatswirtschaft be-  
sessenen. Im Kriege habe die fiskalische und militärische  
Staatswirtschaft ausgeschieden gearbeitet, die internationale  
Privatwirtschaft sei dagegen zusammengebrochen, die Aus-  
landskonkurrenz sei fortgefallen und eine unbekümmerte, lei-  
dlich auf Profit gestimmte heimische Privatwirtschaft in  
weiten Kreisen mit Wucher und Hamsterei an ihre Stelle ge-  
treten.“

Das ist für uns sehr lehrreich, denn es bestätigt unsere  
Auffassung, daß das Getriebe der Volkswirtschaft in der  
Sauptache durch den Kriegsbedarf aufrecht erhalten wird.

Damit ist bewiesen, daß die wirtschaftliche Abgestossen-  
heit eines Staates ein Urding ist, daß normalerweise ein  
Staatswesen, wirtschaftlich nur auf sich selbst gestellt, sich  
nur einige Zeit halten kann. Es steht also fest, daß die Völ-  
ker international auf einander angewiesen sind. Es werden  
also nach dem Kriege mit Naturnotwendigkeit die alten Han-  
delsbeziehungen wieder wirksam werden; manche Industrien  
werden wieder eine internationale Basis suchen müssen, kurz,  
der internationale Charakter des Kapitals wird wieder zum  
Durchbruch kommen.

Und unter diesem Drang nach hemmungsloser Entfal-  
tung des Kapitals sollte die Errichtung nationaler Schran-  
ken für die Arbeiterklasse eine fortschrittliche Errungenschaft  
des Krieges bedeuten? Steht nicht der Gedanke näher, bei  
dem Stand der Dinge gerade erst recht der internationalen  
Bewegungsfreiheit der Arbeiter das Wort zu reden? Je-  
denfalls wäre durch gesetzliche Verbote der Einwanderung  
von Arbeitern die Wirkung zu befürchten, daß sich interna-  
tional betrachtet, die Arbeiterklasse einander fremder, abge-  
sondeter, wenn nicht feindselig gegenüber stehen müßte.

D. S.

## Die sozialdemokratische Reichs- konferenz.

Rede des Genossen D a a s e.

(Schluß.)

Die Kreditbewilligung ist nur ein Glied in der Gesamt-  
politik der Regierung; wenn die Gesamtpolitik der Regie-  
rung später den Genossen in einem völlig anderen Lichte  
erscheint, als am 4. August, so mußten sie konsequent Steh-  
lung nehmen und Nein sagen. Was will der Kanzler? Har-  
nad hat es ausgeprochen: Wortragen der Grenzen am Osten  
und reale Garantien im Westen. Der Kanzler kann sich  
nicht, wie Scheidemann will, entscheidender gegen Annexionen  
ausprechen, einmal weil er dieser Auffassung nicht ist, und  
dann, weil er es sich nicht mit den bürgerlichen Parteien  
verderben will, auf die er sich stützt, nicht auf Scheidemann  
und seine Anhänger. Der schärfste Ausschuß bekennt  
sich in seinem letzten Aufruf bis zu einem gewissen Grade  
zu den Anschauungen des Kanzlers. Ist es keine Annexion,  
wenn Belgien's staatliche Selbständigkeit beseitigt würde?  
Die Gegenwart zwischen Kanzler und den realen Zielen

Der Uebergriff ist keine unbedingte. Ueber unser Ver-  
hältnis zu Frankreich und England haben wir vor dem  
Kriege im Reichstage ganz zweifelsfrei gesprochen, heute  
aber fehlt der Parteimehrheit jede selbständige Orientierung.  
Einmal ist Rußland, einmal England schuld am Kriege. Es  
ist schwer nachzuprüfen, ob damals am 4. August die Partei-  
genossen im Lande wirklich eine andere Abstimmung nicht  
verstanden hätten, aber es ist doch Aufgabe der Führer einer  
Partei, sich in kritischen Zeiten nicht vom Strome forttreiben  
zu lassen. Die Befreiung vom Jarrismus kann sich nur das  
russische Volk selbst erkämpfen. (Zurufe: Sie wollen uns die  
Freiheit mit russischen Kanonen bringen!) Nein, wir sagen  
auch den Franzosen, das ist unsere Sache und nicht ihre.  
(Sehr wahr! bei der Opposition.) Wertwürdig, daß eine  
große Partei ihr ganzes Vertrauen stützt auf einen ein-  
zelnen Mann. (Scheidemann: Fällt ihr ja gar nicht ein!)  
Würden Sie einem andern Kanzler denn die Kredite bewil-  
ligen? Zuruf: Wir bewilligen sie doch nicht. (Scheidemann:  
Also dem Lande (David: Seiner Verteidigung!), dann muß-  
ten Sie auch in Friedenszeiten allemal die Mittel für Lan-  
desverteidigung bewilligen. (Sehr gut! bei der Opposition.)  
Militärforderungen wurden immer mit der Möglichkeit eines  
baldigen Krieges begründet; zum Militärsystem konnten Sie  
sich kritisch verhalten, aber konsequenterweise konnten Sie  
dann dem Lande nicht die Mittel zur Verteidigung verwei-  
gern. (Beifällige Zustimmung bei der Opposition.) David  
gibt diese Konsequenz zu. Scheidemann gibt zwar das Ver-  
trauen zum Reichstangle auf, aber andere Genossen erklären  
es als unsere wichtigste Aufgabe, den Reichstangle zu stützen,  
denn nur mit ihm werde die Neuorientierung gemacht. Am  
17. Mai 1912 hat Scheidemann im Reichstage dem Reichs-  
tangle scharfsten Kampf angelegt. Was hat sich denn in-  
zwischen abgepielt? (Zuruf: Nichts weiter als der Krieg um  
die Erstgung des deutschen Volkes!) Wenn ein Krieg kommt,  
haben wir dann alles auszuföhren, was wir bisher gesagt  
und müssen wir verbrennen, was wir geschrieben haben?  
Sobald ein Krieg ausgebrochen ist, müßten Sie jede Regie-  
rung unterstützen, auch wenn sie den Krieg verschuldet hat.  
Wenn eine militärische Devisen die Eroberungscharakter  
eines Krieges ausföhrt, dann müßte Scheidemann dem ita-  
lienischen und rumänischen Genossen sagen, in dem Augen-  
blick, wo ihr Land bedroht wird, sollen sie die rückslose Poli-  
tik ihrer Regierung unterstützen! (Zustimmung bei der Opposi-  
tion.) Die Erklärung vom 4. August verurteilt jeden Eroberungs-  
krieg, weil das Land auch da in die Defensive gedrängt  
werden kann, oder aber Sie lehnen die Unterstützung in  
dem Augenblick ab, wo der Krieg zu einem Eroberungskrieg  
sich entwickelt. Ein Land unter fremde Gewalt bringen  
wollen, bedeutet eine Eroberung allerhöchster Art, viel  
schlimmer als wenn man an der Grenze einen kleinen Kreis  
abnimmt. Leider haben wir am 4. August verfaßt, über  
Belgien zu sprechen, es hat Miße gemacht, am 2. Dezember  
wenigstens zu sagen, daß wir von dem Standpunkt, den der  
Reichstangle am 4. August gegenüber Belgien und Luxemburg  
eingenommen hat, nicht abgeben. Diese wichtige Tat-  
sache, die uns nach außen, wenn auch verspätet, rechtfertigt,  
fehlt in Davids Buch. (David: Weil darin ganz Belgien  
steht, worüber noch viel mehr zu sagen ist.) Die Erklärun-  
gen vom 4. August und 2. Dezember sind wörtlich darin  
wiedergegeben, weggelassen ist nur der Satz über Belgien  
und Luxemburg. (Hört! hört! bei der Opposition.) Und das  
ist das Buch des Parteivorstandes, dessen Fahnenabzüge mir  
allerdings nicht wie sonst vorgelegt wurden.

Der Redner bespricht den Einmarsch in Belgien und die  
amtlichen deutschen Veröffentlichungen über eine „Ueberein-  
kunft“ zwischen Belgien und England. Die Internationale  
erwartet, daß die Sozialdemokratie Unrecht bekämpft; handeln  
wir anders, dann verlängern wir den Krieg. — Die Depesche  
des Jaren an den deutschen Kaiser, die österreichisch-serbische  
Streitfrage dem Haager Schiedsgericht zu unterbreiten, ist  
erst Monate später veröffentlicht worden, nachdem sie im  
ganzen neutralen Ausland längst bekannt war und gegen  
uns gewirkt hatte.

Wenn die französischen Sozialisten gleichfalls kämpfen  
wollen, bis das Ziel der Sicherung erreicht ist, dann können  
die Franzosen ja nicht Frieden schließen, solange der Feind  
im Lande ist. Bei einer solchen Parole auf deutscher Seite  
mußten alle Versuche, mit den Franzosen zu beraten, schei-  
tern. Unsere Haltung gegenüber den Bruderparteien ent-  
hielt auch manchen Fehler. (Zuruf: Und die anderen?)  
Seien wir doch nicht selbstgerecht, zu den anderen komme  
ich noch. Es ist nicht richtig, daß die französischen Sozialisten  
von uns landeserräterische Handlungen gefordert hätten.  
Die Ueberzeugung des Manifestes des französischen National-  
rats durch die verheerende „S. R.“ ist falsch, die der „Leip-  
ziger Volkszeitung“ ist richtig. Gewiß darf die esch-lothrin-  
gische Frage für die Franzosen kein Anlaß sein, dies grauen-  
volle Gemetzel bis zum Weibstuhle fortzuführen. Esch-lothrin-  
gen soll als autonomer Freistaat im Deutschen Reiche  
bleiben. Im Parteivorstandsaufsatz ist fett gedruckt, daß  
unsere Regierung friedensbereit sei, die anderen aber nicht.  
Auch die Regierungen Frankreichs und Englands wollen auf  
Grund der Kriegstakte Frieden schließen. Auch Greg hat  
Friedensbedingungen ausgeprochen und am 16. Mai d. J.  
erklärt, daß England die Follheit einer Zerstückelung  
Deutschlands nicht wolle. (David: Und Asquith?) Asquith  
hat sich am 10. April ähnlich ausgesprochen. Wir trauen  
allen Ministern nicht. Auch Safonow hat die Behaup-  
tung als sinnlos erklärt, Deutschlands Gegner wollten das  
deutsche Volk vernichten. Auch Briand will den Sieg seines  
Landes, ohne direkt Eroberungen zu verlangen.

Bei unseren Gegnern hängt alles an England. Wenn  
man sagt, man müsse England durch Verschärfung des See-  
kriegs zum Frieden geneigt machen, so würde das nur den  
Krieg verlängern. Wir können uns nicht Amerika auf den  
Hals hegen, wir haben auch nicht so, daß wir va banque zu  
spielen brauchen. Für uns handelt es sich nicht darum,  
den anderen auf die Knie zu zwingen, wir wollen das Elend  
der Niederlage auch nicht für die Arbeiter der anderen Län-  
der; darum Verständigung. Dafür sind auf dem letzten fran-  
zösischen Nationalrat 1000 von 2400 Stimmen abgegeben  
worden, und zwar infolge unserer Forderung. Das alle  
rechtfertigt das selbständige Vorgehen der Arbeitergemein-  
schaft. Bei so gewaltigen Fragen sollte man nicht von Disziplin  
oder Nichtdisziplin sprechen. Wir handeln nach den Partei-  
tagsbeschlüssen, über die sich keine Parlamentsfraktion und  
kein Kollegium hinwegsetzen darf. 1908 hat der Parteitag  
der disziplinwidrigen Minderheit in Bayern recht gegeben,  
Man hat uns aus der Fraktion herausgebracht; in einer  
Zeit, wo Nebenpflicht, Schweigen Verbrechen ist, sollten  
wir dastehen wie summe Hunde. (Viele Zurufe.) Wir wollen  
nicht den Frieden um jeden Preis, ich rede nicht von der  
Einstimmung vieler im Lande. Wir wollen unter keine fremde  
Gewalt kommen, weder den Despotismus, noch den englischen  
Imperialismus unterföhren, wir wollen aber, daß wir keinen  
Preis dieser Krieg fortgesetzt werde. Dadurch, daß Sie diese  
Politik der bürgerlichen Klassen unterstützen, sind Sie mit-  
verantwortlich dafür. (Stürmischer Händeklatsch bei einem  
Teil der Versammlung.) Der Friede ist nur zu erreichen,  
wenn mit aller Rücksichtslosigkeit diejenigen bekämpft wer-  
den, die dem sozialistischen Frieden, dem Frieden der Ver-  
ständigung sich in den Weg stellen. Der Hebel ist bei Eng-  
land anzuföhren; Minister Cecil hat kürzlich erklärt, daß an  
England niemals etwas anderes an Friedensangeboten  
herangetreten ist, als was in den Kanzlerreden enthalten  
war. England wird es nicht sehr freudig sein, wenn  
Rußland von Konstantinopel Besitz ergreift; die England-  
hege aber verschlechtert die Friedensaussichten. Friedens-  
verhandlungen mit England widersehen sich die Imperia-  
listen.

Wir treten ein und sind eingetreten für die Einheit  
in der Partei, die durch die von mir gerügten Handlungen  
aufs äußerste gefährdet ist. Nicht wenige im Lande und an  
der Front erklären, wegen der Haltung der Fraktionsmehr-  
heit nicht mehr mit der Partei zusammenarbeiten zu können.  
(Beifälliger Widerspruch.) Eine Masse von Briefen beweist  
das. (Zurufe: Unsere Briefe beweisen das Gegenteil.) Für  
die Genossen ist es überaus wichtig gewesen, daß die So-  
zialdemokratische Arbeitergemeinschaft die gewöhnlichen sozial-  
demokratischen Anschauungen vertritt. Wir haben diese Ge-  
nosser der Partei erhalten, die Einheit ist aber nur mög-  
lich, wenn Toleranz geübt wird. Fahren Sie nicht auf dem  
Wege der Unterdrückung fort! Vielleicht erleben wir bald  
eine Wendung im Seekrieg, die die Partei vor eine wichtige  
Entscheidung stellt. Wenn dafür Kredite gefordert werden,  
für eine kriegsverlängernde Politik, sollen wir auch dafür  
stimmen? Durch eine andere Politik hätten wir die Interna-  
tionale leichter auf unsere Seite bekommen, wir wären  
der Verständigung der Völker näher, wir könnten das Ende  
des Krieges beschleunigen, wie das die Kommuneämpfer  
von 1870 getan haben. (Senke: Und das ist im Sinn unseres  
Programms!) In der Steuerfrage lehnen wir alle Mittel  
zum Kriege ab, ganz gleich, woher sie genommen werden.  
Eine geschlossene Opposition besteht nicht. Wir werden ge-  
trennt marschieren, aber den gemeinsamen Gegner vereint  
schlagen, und darauf kommt es uns heute mehr an. (Wah-  
re Heiterkeit bei der Mehrheit.) Wir haben abgurednet  
mit dem Parteivorstand. Mit den Sozialimperialisten Robt,  
Leisch, Cohen, Heine, Hellmann usw. sehen wir uns hier  
nicht auseinander, denn daß diese Leute nicht auf dem Boden  
des Parteiprogramms stehen, ist allen Leuten klar. (Sehr  
richtig! bei der Mehrheit.) Zwischen ihnen und uns gibt  
es keinen gemeinsamen Boden. (Wiederum: Mit uns auch  
nicht!) Diese Leute sind innerhalb des Tempels der sozial-  
istischen Ideen Tempelhändler. (Woh! Ebert trägt diese Aus-  
führungen.) Erste Vorbedingung für die Wiederannäherung  
für internationale Beziehungen ist die Abkehr von der Politik  
des 4. August. Die Einheit der Partei beruht auf der Ein-  
heit des Grundsatzes. Wenn Parteivorstand und Fraktion  
dies Fundament durch ihre Kriegspolitik untergraben, dann  
muß die Organisation der Auflösung und Zerrüttung anheben-  
fallen. Man wirft uns die Zerrüttung der Partei durch  
Spaltung vor. Ach, diese Arbeit hat der Parteivorstand be-  
reits so gründlich bejagt, daß uns zu tun so gut wie gar  
nichts übrig bleibt. Der Parteivorstand und die Generals-  
kommission bedienen sich in ihrem bekannten Flugblatt und  
in anderen Veröffentlichungen direkt des Belagerungszustan-  
des zur Unterdrückung der ihnen unbequemen Kreise in der  
Partei. (Unruhe.) Mit dem Wort Disziplin dürfen hoch  
Leute nicht mehr operieren, die dem Parteiprogramm und  
den Parteitagebeschlüssen jeden Tag ins Gesicht schlagen.  
Diesem Parteivorstand gegenüber wäre Disziplin ein Ver-  
brechen. Wir wollen eine Internationale schaffen, die in-  
stande ist, die Wiederholung solcher entsehligen Kriege für  
alle Zeiten zu verhindern.

Wir wollen die Einheit der Partei, aber einer Partei,  
die weder Imperialismus, Kolonial- und Schutzpolitik  
fördert noch den Klassenkampf abschwächt. Wir wollen eine  
Einheit der Partei, aber auf dem festen granitnen Boden  
des sozialdemokratischen Programms; wir wollen sie als  
internationale Sozialisten! (Stürmischer Beifall und Händ-  
klatsch bei der Opposition.)

